

# Beantwortung Wahlprüfsteine

## LAG Sonderpädagogische Förderung Sachsen vom 2. Mai 2024

*Die „LAG Sonderpädagogische Förderung“ in Sachsen ist ein Zusammenschluss der Verbände • Berufsverband deutscher Hörgeschädigtenpädagogen, Landesverband Mitteldeutschland e.V. (BDH Mitteldeutschland) • Verband für Blinden -und Sehbehindertenpädagogik e.V. (VBS LV Sach-sen) • Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V. Landesgruppe Sachsen (DGS) • Verband Sonderpädagogik Landesverband Sachsen e.V. (vds LV Sachsen) Die LAG setzt sich für die Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit vielfältigen unterschiedlichen Beeinträchtigungen, Benachteiligungen und Behinderungen ein. Dabei ist uns ein gleichberechtigter und barrierefreier Zugang zu allen Bildungsinhalten wichtig. Die Verbände werden Ihre Antworten veröffentlichen.*

1. Was will Ihre Partei konkret in den ersten 100 Tagen im Bereich Bildung/Schule umsetzen, sollte ihre Partei in Regierungsverantwortung kommen?

Die SPD Sachsen möchte umgehend an der Umsetzung der von den Expert:innen unterbreiteten Vorschläge zum „Bildungsland Sachsen 2030“ arbeiten. Wir teilen die Ansicht, dass sich ändern muss, wie und was wir lernen, da sich ändert, wie wir leben und arbeiten. Es gilt eine umfassende Novellierung des Schulgesetzes vorzubereiten sowie die Überarbeitung der Stundentafel und Lehrpläne zu initiieren, um das Fundament für eine eigenverantwortliche Schule zu legen. Dabei basiert Eigenverantwortung auch auf einer demokratischen Schulkultur. Schüler:innen und ihre Eltern sind Ideengeber:innen und Gestaltende, die wir in ihrer Teilhabe und Mitwirkung stärken wollen. Und da wir wissen, dass die Welt komplexer wird, wollen wir alle Kinder und Jugendlichen im Blick haben, beim Lernen begleiten und bestmöglich unterstützen. Dies gelingt in multiprofessionellen Teams am besten, da diese unterschiedliche Berufe, Perspektiven und Lösungen bereithalten. Wir bauen deshalb das Unterstützungssystem für Schulen weiter aus – sei es durch Schulsozialarbeit, pädagogische Assistenzen, Inklusionsbegleiter:innen, IT-Koordinator:innen, Verwaltungsassistenzen, Bewegungsscoaches oder Schulgesundheitsfachkräfte. Hierfür werden mehr Stellen und Mittel benötigt, die wir im nächsten Haushalt verankern wollen.

Zugleich wollen wir die Reform der Schulaufsicht einleiten: Eigenverantwortliche Schule kann besser gelingen, wenn Fach- und Rechtsaufsicht sowie Schulentwicklung in unterschiedlichen Händen liegen. Das Landesamt für Schule und Bildung wird zum Dienstleister zur Lehrer:innen-Gewinnung und führt die Aufsicht. Ein neu zu gründendes Landesinstitut für Schulentwicklung soll die Schulen begleiten und trägt zukünftig zum wechselseitigen Transfer neuester Erkenntnisse in Bildungsforschung, Schulpraxis und Lehrer:innenbildung bei.

Sofortiger Handlungsbedarf besteht im Bereich der frühkindlichen Bildung. Hier gilt es, auf die derzeit sinkenden Kinderzahlen zu reagieren und die bestehenden Ressourcen im System zu halten. So sind weitere Qualitätsverbesserungen möglich und können pädagogische Fachkräfte gehalten werden. Wir wollen die demografische Rendite in ein pädagogisches Plus verwandeln.

2. Welche bildungspolitischen Vorstellungen hat Ihre Partei zur Inklusion in Sachsen?

Wir entwickeln Bildung und Lernorte kontinuierlich inklusiv weiter. Wir fördern die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen, ob besonderer Förderbedarf, soziale oder kulturelle Herkunft. Dazu bauen wir die personellen und sächlichen Ressourcen zur Unterstützung aus und schreiben die Maßnahmenpläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fort. Wir stärken die Kooperationsverbünde, damit jede Schule Kinder aus dem Wohnumfeld aufnehmen und individuell nach deren Bedürfnissen fördern kann. Zudem entwickeln wir unter anderem eine Roadmap „Eine Kita für alle“ und fördern inklusive Maßnahmen in Ausbildungsstätten, Schulen und Hochschulen weiter.

3. Wie will Ihre Partei das Recht auf Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit herausfordernden Verhaltensweisen („Systemsprenger“) umsetzen?

Wir wollen allen Jugendlichen ein Recht auf Bildung garantieren. Sie sollen einen Schulabschluss erwerben und eine Ausbildung abschließen können. Für Kinder und Jugendliche mit herausfordernden Verhaltensweisen bedarf es oft eines anderen Lernumfeldes sowie eine enge Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe. Entsprechende Angebote wollen wir weiter fördern und ausbauen. Der Aspekt der nachholenden Bildung ist uns wichtig: Wir wollen Volkshochschulen als anerkannten Schulen des zweiten Bildungsweges etablieren und die landesfinanzierten Produktionsschulen weiter unterstützen.

4. Wie will Ihre Partei das Recht auf Bildung und Teilhabe in Schule sowie in außerschulischen Lernorten für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen, u.a. des Lernens, des Sehens (Blind-Sehbehindertenpädagogik), im Hören (Hörgeschädigtenpädagogik) sowie in der Sprache und Kommunikation umsetzen?

Gesellschaftliche Teilhabe für alle ist eine wichtige Grundbedingung für eine stabile Demokratie. Sie muss integrativ und inklusiv sein und dabei alle Anstrengungen unternehmen, damit diese Teilhabe barrierefrei und bürokratiearm möglich wird. Wir möchten alle Kinder und Jugendlichen im Blick haben, beim Lernen begleiten und bestmöglich unterstützen. Dies gelingt in multiprofessionellen Teams am besten, da diese unterschiedliche Berufe, Perspektiven und Lösungen bereithalten. Wir bauen deshalb das Unterstützungssystem für Schulen weiter aus – sei es durch Schulsozialarbeit, pädagogische Assistenzen oder Inklusionsbegleiter:innen. Und mit der Stärkung der Kooperationsverbünde sichern wir eine wohnortnahe Beschulung ab. Um Kommunikation zu

erleichtern und Akzeptanz zu schaffen, wollen wir den Kanon der anerkannten Fremdsprachen um die Deutsche Gebärdensprache erweitern.

5. Wie will Ihre Partei eine sonderpädagogische Expertise in Sachsen flächendeckend für alle Bildungseinrichtungen absichern?

Wir wollen weiterhin auf einem hohen Niveau Lehrkräfte ausbilden und das Lehramtsstudium reformieren. Ein gesetzlicher Rahmen soll durch ein Lehrerbildungsgesetz geschaffen werden und dabei schulartübergreifend Inklusion adressieren. Im neuen Kooperationsstudiengang zwischen der Universität Leipzig und der Hochschule Zittau/ Görlitz wird ein inklusiver Schwerpunkt gesetzt, zugleich die Ausbildung weiter regionalisiert, um zur Fachkräftegewinnung vor Ort beizutragen. Projekte wie QuaBiS wollen wir verstetigen, da sie zur sonderpädagogischen Expertise und zum Transfer in verschiedene Bildungseinrichtungen beitragen.

6. Wie werden die zusätzlichen spezifischen Bedarfe der Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen in Ihren parteipolitischen Konzepten berücksichtigt?

In der SPD Sachsen engagieren sich Menschen mit Behinderungen sowohl in den regulären Gremien und Arbeitsgemeinschaften als auch in der spezifischen Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ und gestalten so aktiv politische Prozesse mit. Darüber hinaus befinden sich die Abgeordneten in einem regen Austausch mit den zahlreichen Verbänden, die sich für die Belange von Menschen mit Behinderungen einsetzen und immer wieder auf nötige Veränderungen und Anpassungen hinweisen.

7. Welche Konzepte hat Ihre Partei, um die Übergänge von Kita - Schule- Berufsausbildung für Kinder und Jugendliche mit spezifischen Beeinträchtigungen erfolgreich zu gestalten?

In der vergangenen Legislatur wurden mit der Novelle des Schulgesetzes und des Kita-Gesetzes die rechtlichen Voraussetzungen nachgeschärft, um Übergänge besser zu gestalten und bereits vorhandene Dokumentationen wie Diagnostik übergeben und weitenutzen zu können. Nun gilt es, die Theorie mit Leben zu füllen sowie barrierearme Übergänge und Bildungsverläufe in der Praxis zu schaffen. Weitere Impulse zur inklusiven Ausgestaltung werden durch die anstehenden Novellen der Bundesgesetzbücher erwartet, die dann in Landesrecht zu überführen sind bzw. für die entsprechende Ausführungsbestimmung zu schaffen sind. Wie eingangs dargestellt, erfordert eine inklusive Lernumgebung zusätzliche personelle und sächliche Ressourcen, die wir bereitstellen wollen. Im Sinne bürokratiearmer Verfahren sind ebenso weitere Anstrengungen zur besseren Abstimmung verschiedener Ämter auf Landes- und kommunaler Ebene erforderlich. Entsprechende Maßnahmen gilt es in den Maßnahmeplänen zur Umsetzung der UN-BRK zu verankern.